



IG BAU fordert Abwrackprämie für Asbest

Gefährliche Fasern vor
allem in älteren Bauten

Es steckt in Böden, Dächern, Wänden und ist auch nach Jahrzehnten noch eine Gefahr: Asbest. Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) will das Material möglichst rasch aus dem Verkehr ziehen und fordert hierfür mehr staatliche Förderung. „Wir brauchen eine Sanierungs- und Abwrackprämie für Asbest“, so Bezirkschefin Karina Pfau.

Zwar sei der Bau mit Asbestfaser seit 1993 verboten. Risiken berge aber der Altbaubestand. „Hausbesitzer schrecken bislang oft vor den hohen Kosten der Entsorgung zurück. Damit bleibt das Problem auch 30 Jahre nach dem Asbest-Boom aktuell“, sagt Pfau.

In Duisburg entstanden von 1960 bis 1979 – in der Hochphase der Asbest-Zeit – rund 16 000 Wohngebäude. „Ein Großteil davon dürfte immer noch mit dem Baustoff belastet sein“, schätzt die Gewerkschafterin. Die Spätfolgen seien bis heute spürbar: „Das Einatmen von Asbeststaub kann zu Asbestose, Lungen- oder Kehlkopfkrebs führen.“

Wer sich für eine Sanierung entscheidet, kann Fördermittel bekommen. Doch auf der Asbest-Entsorgung bleibt der Hausbesitzer meist sitzen. Pfau: „Hier können schnell ein paar Tausend Euro zusammenkommen.“ Die Folge: Das Material bleibe oft an der alten Stelle im Haus.

WAZ DU 27.09.2017



Lohnsünden-Pranger: IG BAU fordert Register für Mindestlohn-Verstöße

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat nach dem Vorbild Großbritanniens ein öffentliches Register gefordert, in dem die Betriebe aufgelistet werden, die gegen den gesetzlichen Mindestlohn verstoßen. „Auch Arbeitgeber, die Branchen-Mindestlöhne missachten, gehören in dieses Register. Wir brauchen einen ‚Lohnsünden-Pranger‘. Es hilft nur, die schwarzen Schafe klar zu benennen. Wir müssen dahin kommen, dass Arbeitgeber, die nicht einmal das Mindeste in die Lohntüte packen, geächtet werden“, sagte der Bundesvorsitzende der IG BAU, Robert Feiger.

Hier müsse es ein neues gesellschaftliches Bewusstsein geben. „Arbeitgeber, die nicht einmal den Mindestlohn zahlen, müssen klar als ‚Ausbeuter‘ benannt und bei künftigen Auftragsvergaben auch so behandelt und berücksichtigt werden – nämlich gar nicht“, sagte Robert Feiger. Der IG BAU-Chef gehört der Mindestlohn-Kommission des Bundes an.

Die jetzt bekanntgewordene Zoll-Bilanz für das erste Halbjahr 2017 mache deutlich: Die Zahl der Kontrollen habe zwar zugenommen. „Bei dem Mehr an Prüfungen sind aber auch deutlich mehr Lohndrücker erwischt worden. Kontrollen – und zwar mehr Kontrollen – sind also dringend notwendig. Fest steht: Die 2.433 Ermittlungsverfahren, die wegen nicht gezahlter Mindestlöhne eingeleitet wurden, sind nur die Spitze des Eisberges. Wenn Unternehmen spüren, dass die Kontrolldichte nach wie vor gering ist, werden die Risiken des Lohnmissbrauchs für sie kalkulierbar“, sagte IG BAU-Chef Robert Feiger.

Die Hemmschwelle, den Mindestlohn zu unterlaufen, sinke damit. Hier helfe – neben einem Lohnsünden-Register – nur eine effektive Personalausstattung bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit. Bundesweit gebe es derzeit 6.700 Planstellen, von denen jede zehnte Stelle nicht besetzt sei. Notwendig seien allerdings 10.000 Kontrolleure, fordert Feiger.

Lokalkompass 27.09.2017

Gleiche Löhne in Ost und West – daran geht kein Weg vorbei

Tarifverhandlungen für das Gebäudereiniger-Handwerk / Protestdemo „Respect for Cleaners“

Essen, 26.09.2017

In der vierten Tarifverhandlung für das Gebäudereiniger-Handwerk konnte trotz intensiver, aber auch schwieriger Diskussion keine Einigung erzielt werden. Die IG BAU und der Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks trennten sich heute ohne Ergebnis. Begleitet wurde die Verhandlung von der ersten Demonstration nach der Bundestagswahl für mehr Respekt und Solidarität.

In der Essener Innenstadt gingen rund 600 Gebäudereiniger auf die Straße. Lautstark forderten sie für die Branche einen Euro mehr sowie die Ost-West-Angleichung und einen Einstieg in ein Weihnachtsgeld. „Ein Euro mehr pro Stunde haben die Beschäftigten verdient. Sie müssen von ihrem Arbeitseinkommen leben können wie alle anderen auch“, sagte IG BAU-Bundesvorstandsmitglied und Verhandlungsführerin Ulrike Laux zu den Demonstrierenden. „Die Ost-West-Angleichung fordern wir seit vielen Jahren. Wir hatten schon eine Vereinbarung für die Anpassung bis 2019. Die haben die Arbeitgeber einseitig gekippt. Nach 28 Jahren Wiedervereinigung will ich nicht mehr länger darüber reden. An einer Angleichung der Löhne geht jetzt kein Weg mehr vorbei.“

Laux stellte den Demonstrierenden den Verhandlungsstand vor. Das Angebot der Arbeitgeber erntete lautstarke Buhrufe. Bei einer einmaligen Erhöhung für 26 Monate schwebt ihnen ein Plus von vier Prozent im Westen und sechs Prozent im Osten vor. Auf zwölf Monate gerechnet ergibt das nur 1,85 Prozent mehr für den Westen und 2,7 Prozent für den Osten. „So bekommen wir keine Angleichung hin“, sagte Laux. „Die Lohnlücke beträgt jetzt neun Prozent. Nach diesem Angebot beträgt der Unterschied immer noch acht Prozent. Das Angebot hat die IG BAU-Tarifkommission schwer enttäuscht. Die breite Unterstützung durch die vielen Kolleginnen und Kollegen bei der Demonstration war heute wenigstens ein guter Moment.“

Lokalkompass